

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag. **22**

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.H. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die festgesetzte Preisschritte betragen 15 Pfennig, die Reklamenzelle 30 Pfennig. **22**

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hosiagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 95.

Dienstag, den 15. August 1911

10. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält eine Beilage.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Dem Bäckermeister Wilhelm Hirschler hier selbst ist gemäß Ziffer 1 des Artikels 2 des Gesetzes vom 30. Mai 1908 die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen im Bäckerhandwerke weiter verliehen worden.

Birkenwerder, den 9. August 1911.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Borgsdorf.

Bekanntmachung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Gegenstände werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung auf

Mittwoch, den 16. August d. Js., abends 8 Uhr in dem Sitzungszimmer bei Franz Kurth

hiermit unter der Verwarnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der im Termin Anwesenden gebunden sind.

- Gegenstände der Beratung und Beschlussfassung sind:
1. Beschlussfassung über Regelung und Vergütung für die Gespännendienste für die Freiwillige Feuerwehr.
 2. Beschlussfassung über etwaige Uebnahme der Rechte und Pflichten der Separationsgenossen von der politischen Gemeinde.
 3. Beschaffung eines Spielplatzes für die Schule.
 4. Armenunterstützungssache.
 5. Verschlebesnes.

Borgsdorf, den 12. August 1911.

Der Gemeindevorsteher. Kobewald.

Bekanntmachung.

Dem Händler Lübnig aus Marwitz ist bei Borgsdorf ein junger grauer Spitzhund entlaufen. Sollte derselbe irgendwo zugefallen sein, so ist er gegen Erstattung der Futterkosten beim Gemeindevorsteher abzugeben.

Borgsdorf, den 12. August 1911.

Der Gemeindevorsteher. Kobewald.

Der deutsche Heeresersatz vor einem Menschenalter und jetzt.

Unsere Armee hat auf ihren 1870/71 errungenen Erfolgen nicht tatlos ausgeruht. Ihr Ausbau, die Bewaffnung und Ausrüstung, nicht zuletzt die Ausbildung sind raskos gefördert worden. Innerhalb der letzten vier Jahrzehnte haben sich aber in unserm Volksleben so bedeutende Verschiebungen vollzogen, daß sich die Frage aufdrängt, ob auch das Wichtigste am und im Heere, das Menschenmaterial, gesund und gut geblieben ist.

Diese Frage wird von einem süddeutschen höheren Offizier in den folgenden, sehr sachkundigen und interessanten Ausführungen bejaht. Die bewährten Grundlagen, auf denen das Offizierkorps sich seit mehr als einem Jahrhundert aufbaut, sind völlig unverändert geblieben. Der Umfang, daß im Vergleich zu früher ein sehr viel stärkerer Zugang bürgerlicher Elemente stattfindet, ist die naturgemäße Folge der stetigen Vergrößerung des Heeres. Dieser erweiterte Zugang aus den Kreisen des Bürgertums ist wegen der Zufuhr frischen Blutes nur von Nutzen für die Armee, wenn und so lange er beschränkt bleibt auf jene Kreise, in denen die Anschauungen zu Hause sind, die unter deutschen Offizieren von jeher geherrscht haben und herrschen müssen: unerschütterliche Pflichttreue und Hingabe an den obersten Kriegsherrn und das Vaterland, echtes Christentum, Takt und vornehme Besinnung, einfache Lebensführung. Ob in der Gegenwart nicht auch für den angehenden Offizier ein größeres Maß allgemein wissenschaftlicher Vorbildung und zugleich ein etwas höheres Lebensalter, also das Abiturium, zu fordern sei, ist viel umstritten. Bayern stellt diese Forderungen seit 1868 und läßt jetzt die Fahnenjunker erst nach einem vollem Jahre Truppendienst zum Besuche des gleichfalls ein Jahr dauernden Kriegsschulturnus zu. Trotzdem besteht dort kein Mangel an Nachwuchs; im Gegenteil, alle

Truppenteile müssen jährlich bedeutend mehr, an sich geeignete Abiturienten abweisen, als sie annehmen können.

Schwieriger als bei den Offizieren hat sich im Laufe der Jahre der Ersatz an Unteroffizieren gestaltet. Dabei ist gleichzeitig die Bedeutung dieser Zwischenstufe zwischen den Offizieren und den Mannschaften für den inneren Halt, das feste Gefüge der Armee, im Vergleiche zu früher noch gewachsen. Mit Einführung der zweijährigen aktiven Dienstzeit (1893) sind die Anforderungen an alle Dienstgrade im innern wie äußern Dienstverhältnis gestiegen; stellenweise ist auch die Behandlung der Mannschaften schwieriger geworden. Dazu kommt, daß die bürgerlichen Berufe, namentlich die Industrie, günstigere und zugleich angenehmere Erwerbs- und Lebensverhältnisse bieten als der aufstrebende militärische Frontdienst. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn von den zum Unteroffizier geeigneten Elementen gerade die besseren vielfach nicht freiwillig weiterdienen oder doch nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder abgehen. Die von der Heeresverwaltung unter Mitwirkung der Volksvertretung in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur Besserung der materiellen Lage und Hebung der sozialen Stellung der Unteroffiziere haben hierin eine durchgreifende Aenderung noch nicht zugeführt. Zweifelloso steht zurzeit die Unteroffiziersfrage unter den noch ungelösten wichtigen Heeresfragen mit an erster Stelle! Bei ihrer Lösung wird anzustreben sein, den Unteroffiziersstand zum militärischen Mittelstand auszugestalten und ihn hierbei dem bürgerlichen Mittelstand gleichzustellen.

Bei dem heutigen Mannschafterersatz ist vor allem festzustellen, ob sich bei ihm die fortschreitende Industrialisierung unseres wirtschaftlichen Lebens in bezug auf die körperliche, geistige und sittliche Tüchtigkeit geltend macht. Erwiesen ist, daß die Militärtauglichkeit der Bevölkerung unserer Großstädte und Industriezentren in besorgniserregender Weise abnimmt, während gleichzeitig das Abströmen der Landbevölkerung in die großen Städte und Fabriken zum mindesten unverständlich anhält. Ob und inwieweit hinsichtlich des ersten Bunttes die jetzt allenthalben einsetzenden, auf körperliche Kräftigung der städtischen Jugend gerichteten Bestrebungen eine Besserung herbeiführen werden, kann erst die Zukunft zeigen. Gegenwärtig liefern das flache Land und die kleinen Städte, also Landwirtschaft und Gewerbe, immer noch die meisten und zugleich besten Soldaten. Nach der jüngsten halbamtlichen Statistik sind fast zwei Drittel der im deutschen Heere dienenden Unteroffiziere und Mannschaften in ländlichen Gemeinden geboren; rechnet man zu letzteren auch die kleinen Städte bis zu 5000 Einwohnern, so entfallen volle drei Viertel unserer Soldaten ländlichen Verhältnissen. Dieser ländliche Ersatz ist in seinen Eigenschaften in der Hauptsache gleichgeblieben: willig, gewissenhaft, fröhlich und ausdauernd; kein Freund vieler oder gar hoher Worte; dafür aber dem Vorgesetzten, der ihn gerecht und fürsorglich behandelt und ihm mit gutem Beispiel vorangeht, anhänglich bis in den Tod. Ihm gegenüber weist der großstädtische Ersatz wohl zum Teil größere körperliche Gewandtheit, höhere Intelligenz und bessere Schulbildung auf, Eigenschaften, deren Bedeutung für den Soldaten der Neuzeit gewiß nicht unterschätzt werden dürfen. Allein er ist dafür auch vielfach von geringerer Ausdauer und, zu einem jetzt allerdings noch geringen Bruchteil, weniger willig und anhänglich. Die antimilitärische Tätigkeit der Sozialdemokratie beginnt ihre verderbliche Wirkung auch bei uns zu äußern. Sie erschwert den jungen Leuten das Einleben in die militärischen Verhältnisse, den Vorgesetzten die Erziehung und Ausbildung. In seinem Kern ist freilich unser Volk noch gesund, und gerade in den jungen Gemütern haften im allgemeinen die Irtreben der staatsfeindlichen Parteien und utopistischen Schwärmer nicht fest genug, um nicht durch die zwar strenge, aber für Körper und Geist gesunde militärische Schule wieder unschädlich gemacht werden zu können. Beweise hierfür sind das Verhalten und die Taten unserer Truppen in Südwestafrika, sowie der Umstand, daß die wegen der verletzten aktiven Dienstzeit nun besonders zahlreich eingezogenen Angehörigen des Beurlaubtenstandes — jährlich etwa 350 000 Mann — fast ausnahmslos in wenigen Tagen bei der Truppe sich wieder einleben und in Führung und Leistung sich von den aktiven Mannschaften kaum unterscheiden. Mit voller Bestimmtheit kann ausgesprochen werden, daß dies bei einer Mobilisation ebenso sein wird, daß demnach die hier und da vertretene gegenteilige pessimistische Anschauung über unsere herabgeminderte Schlagfertigkeit von heute der Begründung durchaus entbehrt.

M. P.

Deutsches Reich.

Ein dreißigjähriger „Krieg“ um das Deutschtum im Ausland. Der bekannte „Verein für das Deutschtum im Ausland“ oder — wie er sich auch nennt — der „Allgemeine Deutsche Schutzverein“ wurde am 15. August vor 30 Jahren, im Anschluß an den deutschen Schutzverein zu Wien gegründet. Herr Generalsekretär Geiser schreibt u. a.: „Der Verein wurde ins Leben gerufen, um auch im Deutschen Reich Mittel und Kräfte zur Stärkung des sich gegen das andringende Slaventum verteidigenden Deutschtums in Oesterreich mobil zu machen. Er entwickelte sich schnell zu einer selbständigen, reichsdeutschen nationalen Vereinigung und konnte so seine Tätigkeit auf das gesamte Deutschtum im Auslande ausdehnen. Er leistet nicht nur der deutschen Sprache in ihrer Entwicklung zur Weltsprache und der Stärkung des Einflusses der reichen deutschen Geisteskultur auf andere Nationen wesentliche Dienste, sondern fördert durch die Erhaltung der deutschen Sprache im Ausland in bedeutungsvoller Weise die Ausbreitung des deutschen Außenhandels und der deutschen Exportindustrie.“ Nach dem Jahresbericht hat der Verein überaus segensreich und vielseitig gewirkt; Tausende wissen es ihm zu danken. Immer erfolgreicher wird der „Krieg“ zum Wohle des Vaterlandes fortgesetzt werden.

Zur mecklenburgischen Verfassungsvorlage. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz empfing am Sonnabend eine Abordnung der Ritterschaft der beiden Großherzogtümer Mecklenburg, welche dem Großherzog die auf dem Allgemeinen Ritterschaftlichen Konvent in Rostock am 13. und 14. Juli d. Js in bezug auf die Reform der Landesverfassung angenommene Resolution unterbreitete. Der Großherzog erwiderte auf die Ansprache des Erblandesmarschalls v. Lügow in längerer Rede, daß er den ihm von der Ritterschaft unterbreiteten Beschluß als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen über die Verfassungsreform nicht ansehen könne.

Die freisonervative Partei und die „Post“. Der „Post“ wird von maßgebender Seite aus der freisonervativen Partei geschrieben:

„Aus den Besprechungen des wohl ohne vollständige Kenntnis des Sachverhalts geschriebenen Briefes des Fürsten Hagelst vom 8. d. M. in der Presse ist zu erkennen, daß der darin gebrauchte Ausdruck „Reichspartei“ als gleichbedeutend mit der freisonervativen Partei selbst aufgefaßt wird. Das ist ein Mißverständnis. Unter Reichspartei ist in dem vorliegenden Falle vielmehr allein die diesen Namen führende freisonervative Reichstagsfraktion zu verstehen. Nur in dieser führt Fürst Hagelst den Vorzug, während er dem die Partei repräsentierenden Ausschusse des Baltharvereins der freisonervativen (Reichs-) Partei zwar als Mitglied, aber nicht dessen Vorstand angehört.“

Diese unerkennbar gegen den Fürsten Hagelst Stellung nehmende Erklärung läßt, so bemerkt der „Börse-Cour.“ wohl nicht unrecht, auf starke Differenzen innerhalb der Partei schließen, hinsichtlich deren man in der Öffentlichkeit bisher wirklich keinen Unterschied zwischen der Reichstags- und der Landtagsfraktion machen konnte und gemacht hat.

Marineverwaltung und technische Angestellte. Der Konflikt der bei den Marineintendanturen und den Garnisonämtern in Kiel, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Helgoland usw. beschäftigten technischen Angestellten ist zu deren Gunsten beendet. Das Reichsmarineamt hat noch in letzter Stunde seine Verfügungen zurückgenommen und die Kündigungen der Angestellten mit rückwirkender Kraft aufgehoben. Auch der scharf bekämpfte Dienstvertrag wurde zurückgezogen. Bei seiner endgültigen Formulierung sollen die Wünsche der Angestellten Berücksichtigung finden. Dabei wurde den Technikern freigestellt, entweder den geänderten Dienstvertrag gegen eine angemessene Entschädigung anzunehmen oder im alten Beamtenverhältnis zu verbleiben.

Schweizer Zentralverbandstag deutscher Bäckerinnungen „Germania“. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des schweizerischen Zentralverbandstages deutscher Bäckerinnungen in Suttigart wurde eine Resolution angenommen, wonach bei der Regelung der Verkaufszeit und der Bestimmungen über Sonntagsruhe des Bäckers- und Konditorengewerbes gleichheitlich behandelt werden sollen. Ein Antrag der Bäckerinnung Seide auf Gründung einer Hochschule für Bäcker bzw. Ausbau der Berufsschule in Berlin wurde angenommen. — In der Frage des Hefenabfalls erklärte sich die Versammlung mit dem Vertragsabluß der Hefenkommission und des geschäftsführenden Vorstandes einverstanden; in Verbindung damit wurde auch die Herbeiführung eines Hefemischverbotes verlangt. Von den der Hauptkasse zuzuführenden Hefegeldern soll ein Drittel dem Arbeitgeberverband für das Bäckergewerbe zufließen, der übrige Teil für soziale Zwecke verwendet werden. — Schließlich des Verkaufs von Backwaren in Konditoreien mit denen Cafés verbunden sind, wurde eine Resolution